

Wider die Unkultur des Hinnehmens

Bericht vom DGSP-Fachtag »Hilfe ohne Wenn und Aber!«

VON MARTIN OSINSKI

»Hilfe ohne Wenn und Aber!« lautete der Titel eines Fachtags zur psychosozialen, medizinischen und rechtlichen Betreuung geflüchteter Menschen am 6. September 2019 in Dresden.

Seit 2017 besteht der DGSP-Fachausschuss Migration. Er hat sich vorgenommen, die psychosoziale Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund zu untersuchen und an der Weiterentwicklung, an der interkulturellen Öffnung des Versorgungssystems mitzuarbeiten. »Soziale Psychiatrie« hat schon mehrfach über Arbeitsergebnisse berichtet.

Zusammen mit der Sächsischen Landesärztekammer (SLÄK) und dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. hat die DGSP – vor allem der Fachausschuss Migration und die Kölner Geschäftsstelle – mit Referentinnen und Referenten aus der Region eine ganzjährige Fachtagung vorbereitet und durchgeführt. Das Ergebnis, so viel sei vorweggenommen, war beeindruckend. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich angemeldet. Etwa drei Viertel kamen aus Sachsen, aber auch aus München und Cuxhaven waren Tagungsgäste angereist. Das Haus der Landesärztekammer in Sachsens Landeshauptstadt Dresden bot perfekte Arbeitsbedingungen.

Zur richtigen Zeit

Schon bei der Anreise erinnerten Dutzende Wahlplakate im Stadtbild Dresdens daran, dass die Landtagswahlen gerade mal sechs Tage zurücklagen. Sachsens CDU war, ebenso wie Brandenburgs SPD, als weiterhin stärkste Fraktion mit einem blauen Auge davongekommen. In beiden Ländern aber gab es erschreckend hohe Zustimmungswerte für die rassistische AfD. Der Wahlausgang und sogar die Bundespolitik sollten, wie sich später herausstellte, Auswirkungen auch auf den Fachtag haben. Weniger sichtbar und dennoch sehr präsent war außerdem das jüngste Migrationsgesetzespaket der Bundesregierung, wegen seiner asylfeindlichen Ausrichtung von den Kritikern umgetauft in »Haut-ab-Gesetze« [1].



Podiumsdiskussion mit Dr. Patricia Klein, Werner Wendel, Marianne Thum, Dr. Kristin Klaudia Kaufmann und Mark Gärtner

Mit geringer Verspätung füllt sich der »Festsaal Carl Gustav Carus«, die gute Stube der Sächsischen Landesärztekammer. Die Moderation des Tages übernehmen Dr. Ute Merkel vom Fachausschuss Migration der DGSP und Mark Gärtner vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. Hausherrin Dr. Patricia Klein, ärztliche Geschäftsführerin der SLÄK, begrüßt die Teilnehmenden und bringt ihre Haltung zum Thema auf den Punkt: Angela Merkels Credo »Wir schaffen das« sei Klasse gewesen; die Gesellschaft habe gestritten, damals 2015, sie habe aber funktioniert. Sie lobt die Breite des Tagungsprogramms und lädt die Teilnehmenden ein, die Gelegenheit zur Vernetzung zu nutzen.

Sachsen schafft was

Es folgt eine Reihe von Plenarvorträgen, die schon deshalb nie langweilig werden, weil Publikum und Referenten spontan in regen Austausch treten. Robert Baierl, Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung im Bezirk Dresden, skizziert die Entwicklung der »Internationalen Praxis Dresden«, die vor vier Jahren als »Flüchtlingsambulanz« gestartet war. Baierl fragt nach der Versorgungslage in Leipzig – und

handelt sich prompt ein kleines Korreferat ein; Leipzig schaut etwas neidisch nach Dresden; es muss nicht verwundern, dass Vorzeigeprojekte außerhalb der Landeshauptstadt eher rar sind.

Die bisherige Bilanz der »Internationalen Praxis Dresden« kann sich sehen lassen. Das Angebot ist räumlich und organisatorisch an die Universitätsklinik angebunden. Zum Team gehören neben sechs angestellten und drei Honorarärztinnen unter anderem auch fünf angestellte Dolmetscher, fünf Medizinische Fachangestellte und eine Hebamme. Weitere Unterstützung kommt von sprachkundigen Studierenden

der Universität. Seit der Eröffnung im September 2015 ist nicht nur die Zahl der Arzt-Patienten-Kontakte stetig gewachsen, auf zuletzt mehr als 20.000 pro Jahr. Die Finanzierung der Leistungen, in den ersten Monaten fast ausschließlich über das Asylbewerberleistungsgesetz, erfolgt heute bereits zu drei Vierteln über die gesetzliche Krankenversicherung.

Leider, so Robert Baierl, sei die Sozialarbeiterstelle 2018 ausgelaufen. Ein Paradoxon bestehe darin, dass Dolmetscherleistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes vom Sozialamt bezahlt werden. Wird aber später die gesetzliche Krankenversicherung zuständig, erhalte die Patientin zwar endlich Zugang zur ärztlichen Regelversorgung – jetzt allerdings übernehme die GKV keine Dolmetscherkosten ... Bis heute nicht gelungen sei außerdem die Integration von Patientinnen und Patienten in die ärztliche Regelversorgung. Migranten in der Haus- und Facharztpraxis bleiben noch die Ausnahme.

Über die Migrationssozialarbeit (MSA) in der Landeshauptstadt berichten anschließend Conrad Blumenstein und Albrecht von der Lieth, beide angestellt beim Caritasverband für Dresden e.V.

DGSPDeutsche Gesellschaft für
Soziale Psychiatrie e.V.**DGSP-Kurzfortbildungen
Januar/Februar 2020****In folgenden DGSP-Kurzfortbildungen
sind noch Plätze frei:****Die Borderlinestörung**

24./25. Januar in Frankfurt

Referent: *Ewald Rahn***Gegen Stigmatisierung und
Ausgrenzung – von Schulprojekten
zur trialogischen Bürgerinitiative**

27./28. Januar in Weimar

Referent: *Thomas Bock***»So kann man doch nicht leben!?!«****Vermüllt und verwahrlost – was tun?**

31. Januar/1. Februar

in Erkner (Berlin)

Referentin: *Ulla Schmalz***Das Bundesteilhabegesetz
im sozialpsychiatrischen Alltag**

3./4. Februar in Fulda

Referent: *Lothar Flemming***Achtsamkeit, Körper, Fantasie und
Entspannung**

14./15. Februar in Hamburg

Referent: *Matthias Kriesel***Wahn-Sinn(s)-Reise**

14./15. Februar in Köln

Referentin: *Kerstin Riemenschneider***»Sei nicht nett – sei echt!«****Die Grundlagen der
Gewaltfreien Kommunikation
nach Marshall B. Rosenberg**

28./29. Februar in Fulda

Referentin: *Liane Faust***Fordern Sie unser ausführliches
Programmheft an:****DGSP-Geschäftsstelle****Zeltinger Straße 9, 50969 Köln****Tel.: (0221) 51 10 02****E-Mail: info@dgsp-ev.de****www.dgsp-ev.de**

Sie deklinieren das Einmaleins der MSA durch, die immer auch auf Nachbarn, Arbeitgeber und Ehrenamtler schaut und dadurch Sozialraumarbeit ist. Der Begriff »Wohnungssplitting« provoziert Nachfragen – er bezieht sich auf die (nicht nur in Sachsen beobachtbare) Situation, dass für größere Familienverbände kaum geeignete Wohnungen auf dem Markt sind. Die Notlösung besteht in der Anmietung zweier benachbarter, neben- oder übereinander liegender Wohnungen bundesdeutschen Zuschnitts für eine große Familie – eigentlich handelt es sich also um »Familiensplitting«, wobei das gut gemeinte Angebot nicht immer angenommen wird. Man bleibt lieber zusammen, nimmt dafür große Enge in Kauf und verzichtet auf die zusätzlichen Räume. Spezielle Wohnungs- und Betreuungsangebote für psychisch kranke und behinderte Menschen gibt es nicht, obwohl laut Clearingstelle die Zahl derer, die bedürftig sind, ständig wächst.

Nach einer kurzen Kaffeepause stellt Diplom-Psychologin Katja Eisenkolb das Psychosoziale Zentrum Dresden vor. Träger ist das BOOT gGmbH, eine Gesellschaft der gemeindepsychiatrischen Versorgung unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Fachlich-inhaltlich kooperiert das PSZ mit der BAfF (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer). 16 Mitarbeiterinnen

arbeiten auf 12 Vollzeitstellen. Neben der direkten Beratungsarbeit schult das PSZ auch zu Trauma und Traumafolgen, kulturellen Besonderheiten der Herkunftsländer u.v.m. Besonders stolz sei man auf einen Pool von rund 40 Sprachmittlern, die auf Honorarbasis angefordert werden können. Das PSZ wird just an diesem 6. September drei Jahre alt. Noch lebt es von Projektförderung, die Verstetigung ist unsicher.

Der Bedarf indes sei groß. Katja Eisenkolb nennt beispielhaft die innerfamiliären Spannungen, die aus der Konfrontation traditioneller Rollenbilder mit der Realität im Zufluchtsland entstehen können. »Die Frauen bekommen ihr Geld jetzt von Angela Merkel, nicht mehr von ihrem Mann. Das macht schon einen Unterschied ...«

Klartext ohne Wenn und Aber

Nach der Bestandsaufnahme bestehender Angebote wird es nun politisch. Ute Merkel stellt Helmut Krause als persönlichen Freund vor, aber auch als Arzt im Ruhestand, Mitglied der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), Menschenrechtsbeauftragten der Landesärztekammer Thüringen, Mitglied der Härtefallkommission und neuerdings ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten. Krause kündigt einen



Die Tagung fand im Festsaal Carl Gustav Carus in der Sächsischen Landesärztekammer statt.

Blick auf die Makroebene an. Und liefert dann eine schonungslose Abrechnung mit den Asylrechtsverschärfungen und Menschenrechtsdemontagen der vergangenen Jahre. Sachlich im Ton, scharf und unmissverständlich im Inhalt – der Vortrag ist schlicht eine Meisterleistung. Wir dokumentieren ihn in dieser Ausgabe (S. 16ff.); bitte lesen Sie selbst. Danke, Herr Krause, auch für den Hinweis auf die Unkultur des Hinnehmens.

Danach haben die beiden letzten Referentinnen vor der späten Mittagspause keinen leichten Stand. Jörg Eichler ist Experte für die rechtliche Situation von Menschen, die abgeschoben werden sollen. Im Schnelldurchlauf erläutert er den Ablauf des Asylverfahrens, an dessen Ende nicht selten das Bemühen des Staates steht, den Antragsteller gemäß Dublin-Verordnung in ein anderes EU-Land zurück- oder gleich in sein Herkunftsland abzuschicken. Eichler beklagt, dass eine Verrohung auf allen Ebenen des Verfahrens stattfindet, durch die bereits erwähnten Gesetzesverschärfungen, aber auch in der Anwendung der Gesetze. Eindringlich weist er darauf hin, dass Polizisten in Ausübung ihres Dienstes verpflichtet seien, auf medizinische Notfälle zu reagieren und Zwangs- bzw. Gewaltanwendung gegen Menschen in psychischen Ausnahmezuständen zu stoppen. Das passiere nur selten; öfter werde stattdessen fixiert, sediert und zwangsmediziert. Des Weiteren verweist er auf die kurzen Fristen, innerhalb derer die Betroffenen ihre gesundheitlichen Einschränkungen belegen müssen. Diese Fristen können eine Laufzeit von bis zu 14 Tagen haben. Es ist vollkommen unrealistisch, dass ausführliche ärztliche Stellungnahmen in der Kürze dieser Zeit erbracht werden können.

Dr. Julia Schellong von der Traumambulanz der Uniklinik Dresden schließt mit einem geschliffenen Vortrag über Diagnostik und Behandlungsmöglichkeiten von Traumafolgestörungen den Vortragsreigen. Tipp für den Alltag der Flüchtlingshilfe: Tetris, das gute alte Computerspiel, ist eine wirksame Intervention bei ständig auftretender Wieder-Erinnerung an traumatisierende Erlebnisse. Ein aktueller Fortschritt sei der Einsatz von Video-



Foto: Martin Osinski

Etwa 150 Teilnehmer tauschten sich in Dresden über Hilfs- und Betreuungsangebote für geflüchtete Menschen aus.

dolmetschern – ein Modellprojekt, dessen Verstetigung noch aussteht.

Vernetzung und Ergebnissicherung

Nach der Mittagspause verlagert sich die Arbeit in fünf Workshops. Anschließend diskutiert, vor inzwischen leicht dezimiertem Plenum, ein fachlich gut aufgestelltes Podium die offenen Baustellen. Infolge der Landtagswahl haben Juliane Nagel von der Linken und Sachsens Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping kurzfristig abgesagt; Köpping kandidiert aktuell für den Bundesvorsitz der SPD und tourt durch die Regionalkonferenzen. Statt ihrer schickt die Staatsregierung Werner Wendel, Leitstelle Vielfalt und Zusammenarbeit. Aus dem Dresdner Rathaus ist Kristin Klaudia Kaufmann gekommen, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen.

Moderatorin Marianne Thum bemüht sich nach Kräften um verbindliche Zusagen ihrer Gesprächspartner, sei es zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, sei es zum Erhalt der Internationalen Ambulanz. Und tatsächlich hat Gesundheitsbürgermeisterin Kaufmann eine Überraschung parat: Sie nutzt die Tagung für die Ankündigung, die Stadt Dresden werde die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete womöglich bis Ende des Jahres einführen. Dass es zu der langen Verzögerung kam, sei den schwierigen Verhandlungen mit der AOK

geschuldet. Die Krankenkasse werde sich auch weiterhin weigern, Dolmetscherkosten für die notwendigen Behandlungen zu übernehmen. Frau Kaufmann und Herr Wendler demonstrieren guten Willen, zeigen aber auch abwechselnd aufeinander, ohne allzu viel Blickkontakt zu riskieren. Antworten ohne Wenn und Aber geben sie nicht. Auch das trägt zum Erkenntnisgewinn des Publikums bei.

Die Veranstalter haben ihr Ziel erreicht, maßgebliche Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen. Das Dilemma der Dolmetscherkosten jedoch konnte die Tagung nicht auflösen. Das ist eins der ganz dicken Bretter, hier darf nicht locker gelassen werden, Mischfinanzierungen könnten eine Lösung sein. Hierfür müssten sich alle Beteiligten noch einmal an einen Tisch setzen. Dass es sich lohnen wird, hat diese Tagung erfolgreich gezeigt – ein wichtiges Signal bei stärker werdendem Gegenwind. Herzlichen Dank an Ute Merkel, Mark Gärtner und das Tagungsteam! ■

Martin Osinski, ehemals Koordinator von Flüchtlingsunterkünften, jetzt Vereinsbetreuer, lebt und arbeitet in Neuruppin

Anmerkungen

- 1 Verschärfung asylrechtlicher Bestimmungen – hier ein Überblick: www.baff-zentren.org/news/rueckschlag-fuer-die-rechte-von-gefluechteten-migrationspaket-tritt-heute-in-kraft (letzter Zugriff: 18.09.2019)

Die Folien zu den Vorträgen sind abrufbar auf: www.dgsp-ev.de/tagungen/tagungsberichte